

**Marktgemeinde Hörbranz  
Gemeindevertretung**

Hörbranz, am 20. August 2012

**Protokoll  
Nr. 17**

über die am 27.06.2012 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Hörbranz stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender  
Vizebgm. Srienz Petra  
GR Jeglic Dietmar  
GR Pinkelnig Gerhard  
GR Rauch Georg  
GR Siebmacher Josef  
GV Bösch Erika  
GV Einwallner Reinhold, Ing.  
GV Fink Lukas  
GV Hack Manuela (LAbg.)  
GV Hagen Thomas  
GV Hagspiel Xaver  
GV Hiebeler Günter  
GV Hutter Richard  
GV Paul Stefan  
GV Schmitzer Andreas  
GV Wurzer Martin  
EM Ferrari Irmtraud  
EM Feuerstein Gerhard, Mag.  
EM Gadner Helmut  
EM Gorbach Josef  
EM King Elmar  
EM Kohler Martin  
EM Liendl Florian  
EM Loretz Markus  
EM Natter Lothar  
EM Sigg Christine

Auskunftspersonen:

Landschaftsarchitektin DI Maria-Anna Moosbrugger  
Steininger Karin, Buchhaltung

Schriftführerin:

GSekr. Dr. Malz Beate

## **Fragestunde**

Vor Eingang in die Tagesordnung fragt der Vorsitzende die anwesenden Zuhörer, ob Bedarf zur Abhaltung der „Fragestunde“ besteht. Die Wortmeldung einer Bürgerin richtet sich an den Bgm. in Bezug auf Verkehrsplanungen betreffend Auswirkungen des Verkehrsaufkommens durch den Gotthardt-Tunnel.

### **1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Bgm. begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ersatzmitglied Florian Liendl wird angelobt.

Anträge von SPÖ (Gebiet Hochsteg, raumplanerische Beurteilung) und FPÖ (Leitbild und Forderung nach vollständigen Beilagen zu Sitzungseinladungen) werden eingebracht.

Über die Aufnahme dieser Anträge in die Tagesordnung wird abgestimmt. Zum SPÖ-Antrag schlägt der Vorsitzende vor, ihn unter TOP 9, Umwidmungen zu behandeln. Dies wird einstimmig genehmigt.

Für die Aufnahme der anderen Anträge in die Tagesordnung wird keine zwei-Drittel-Mehrheit erreicht, daher werden die Anträge auf die kommende GV-Sitzung im September vertagt.

### **2. Präsentation und Beschlussfassung des Spiel- und Freiraumkonzeptes**

Zu diesem TOP ist die Landschaftsarchitektin DI Maria-Anna Moosbrugger anwesend.

Eingangs erläutert der Vorsitzende kurz die Chronologie dieses Projekts: Einstimmig wurde von der Gemeindevertretung die Erstellung eines Spiel- und Freiraumkonzeptes beschlossen. Anschließend wurde die Planung ausgeschrieben und einstimmig vom Gemeindevorstand an das Büro „Landrise“ von DI Maria-Anna Moosbrugger vergeben. Die Planungskosten in Höhe von EUR 15.000 werden vom Land Vorarlberg mit bis zu 70% gefördert. Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die sich folgendermaßen zusammensetzt:

- VertreterInnen von Volksschule, Mittelschule, Kindergarten, Offene Jugendarbeit
- Bürgermeister, Raumplanungsausschuss, Kindergarten-/Schulausschuss
- Sachbearbeiter im Amt

Der Bestand an Flächen wurde aufgenommen und analysiert, der Handlungsbedarf mit der AG, den Jugendlichen und Kindern erarbeitet.

Daraufhin erteilt der Vorsitzende DI Maria-Anna Moosbrugger das Wort, die anhand einer Powerpoint-Präsentation ihren Planungsentwurf, einen sogenannten Maßnahmenkatalog, der aufgrund der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen, den Befragungen der Jugendlichen und Kinder erstellt wurde, präsentiert. Betont werden die positiven Stellungnahmen vom Amt der Vorarlberger Landesregierung und dem Kinder- und Jugendanwalt dazu.

Der Bgm. beantwortet eine Frage zur Kostenschätzung (EUR 15.000, Förderung vom Land Vorarlberg im Ausmaß von 70% der Kosten) und erklärt, dass die Förderung der Landesregierung nur möglich sei, wenn das Spiel- und Freiraumkonzept beschlossen werde.

Einstimmig beschließt die Gemeindevertretung die Umsetzung des Spiel- und Freiraumkonzeptes laut dem vorliegenden Entwurf von DI Maria-Anna Moosbrugger.

### 3. Platzgestaltung Volksschule/Mittelschule

Zusammenhängend mit dem vorigen TOP wird der Schwerpunkt der Platzgestaltung präsentiert und besprochen. Hierzu wird ebenfalls DI Maria-Anna Moosbrugger das Wort erteilt, die im Detail auf die Planung eingeht (etwa im Innenhof der Volksschule ein Kletterturm, „Schattenquadrat“ durch Bäume, Obstwiese Pausenplatz Mittelschule, Sportplatz Jugendzone Mittelschule mit multifunktionalem Platz zum Fußball- oder Basketball-Spielen, Slackline-Vorrichtung; das Konzept beinhaltet auch, dass der geschaffene Freiraum künftig von Spaziergängern gequert werden soll) und eine Kostenaufstellung mit einer Gesamthöhe von EUR 390.285,80 netto vorlegt.

Die Architektin beantwortet einige Anfragen von Gemeindevertretern (etwa zu Wasser- und Stromanschlüssen, Kies als Fallschutz, Herkunftsort der geplanten Bäume, voraussichtliche Instandhaltungskosten) bejaht, dass die Planung bezüglich Turnhalle mit einbezogen wurde. Der in diesem Bereich vorgesehene Kiesbelag (flexible Oberfläche) lasse eine Änderung zu.

Ein Gemeindevertreter erkundigt sich, ob Konsequenz eines positiven Beschlusses der Platzgestaltung sei, dass die Standortoption Mittelschule Süd für das „Haus der Zukunft“ nicht mehr zur Verfügung stehe. Dies bejaht der Bgm.

Der Bgm. berichtet, dass die Förderung für die einzelnen Maßnahmen, die im Spiel- und Freiraumkonzept vorgesehen seien, unterschiedlich sei. Für die Platzgestaltung der Pausenhöfe der Volks- und Mittelschule seien im Voranschlag ca. EUR 200.000 als Ansatz vorgesehen. Ev. könne im Sommer/Herbst 2012 bereits mit ersten Baumaßnahmen zur Umgestaltung begonnen werden. Dazu sei ein Grundsatzbeschluss in der GV notwendig, die Einzelvergaben würden dann im Gemeindevorstand erfolgen. Auf Nachfrage bestätigt der Bgm., dass mit einer Förderung zwischen 25 und 30% für die Platzgestaltung gerechnet werde.

Einstimmig wird die Platzgestaltung laut dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

### 4. Beschlussfassung der Statuten zur Regio Leiblachtal

Der Vorsitzende verweist auf die Beilage, die mit der Sitzungseinladung versendet wurde und erklärt, dass alle Anregungen, die es nach der ersten Präsentation in der GV-Sitzung vom 28.03.2012 (siehe Protokoll Nr. 15, TOP 3) gab, sowie die Anregungen des Gemeindeverbands (Vereinsform) eingearbeitet wurden.

Die Statuten wurden von der Vereinsbehörde geprüft und für richtig befunden.

Einstimmig werden die Statuten in der vorliegenden Form beschlossen.

Der Bgm. kündigt noch an, dass die „Projekt- und Strukturentwicklungsgenossenschaft“ (PSG) in einer der nächsten Gemeindevorstandssitzungen vorbesprochen werde und gegebenenfalls im Herbst in der GV beschlossen werden könne.

### 5. Rechnungsabschluss 2011

Eingangs erwähnt der Vorsitzende, dass gesetzlich vorgesehen ist, dass der Rechnungsabschluss bis Mai des Jahres zu beschließen ist, was aufgrund von personellen Umstellungen in der Buchhaltung in diesem Jahr nicht möglich war, worüber die Landesregierung bereits informiert worden sei.

Der Rechnungsabschluss 2011 mit dem Vermögensnachweis zum 31.12.2011 sowie die Aufstellung über den Schuldenstand, den übernommenen Haftungen, die Gegenüberstellung des Beschäftigungsrahmenplans, der Begründungen der Abweichungen und diversen anderen Nachweisen wurde allen Gemeindevertretern rechtzeitig zugestellt. Der Rechnungsabschluss weist Einnahmen und Ausgaben von jeweils EUR 10.908.329,03 auf. Zur

Erreichung eines ausgeglichenen Rechnungsabschlusses konnten EUR 1.240.658,01 der Haushaltsrücklage zugeführt werden. Somit ergibt sich zum Ende des Rechnungsjahres ein Rücklagenstand von EUR 3.967.255,56.

Der Prüfungsausschuss hat den Rechnungsabschluss in der Sitzung vom 04.06.2012 geprüft und zur Genehmigung empfohlen. Der Obmann des Prüfungsausschusses betont, dass der Rechnungsabschluss wie gewöhnlich sehr übersichtlich gestaltet worden sei, die Mitglieder der Prüfungskommission gut vorbereitet gewesen seien und zeigt sich erfreut darüber, dass die neue Buchhalterin bei der Sitzung anwesend ist. Es wird vereinbart, dass demnächst ein Gespräch zwischen dem Obmann des Prüfungsausschusses und dem Bgm. stattfinden soll.

Nachdem seitens der Anwesenden keine Fragen zum Rechnungsabschluss 2011 gestellt werden, wird einstimmig mit 27 : 0 Stimmen genehmigt. Abschließend bedankt sich der Vorsitzende beim pensionierten Buchhalter (in Abwesenheit) sowie seiner Nachfolgerin für die sorgfältige Erstellung.

## **6. Rücklagenmodelle zu Abfertigungsansprüchen**

Der Vorsitzende erläutert, dass das Thema Rücklagenmodelle zu Abfertigungsansprüchen von Gemeindebediensteten gegenüber der Gemeinde angesichts von diversen Anlassfällen (meist in Folge von Pensionierungen) im Gemeindevorstand diskutiert wurde (Sitzung vom 12.04.2012, Prot. Nr. 31, unter TOP 9. c) sowie Sitzung vom 10.05.2012, im Prot. 32, TOP 5). Bisher wurden solche Ansprüche aus dem laufenden Budget bezahlt.

Aufgrund der Tatsache, dass 19 Gemeindebedienstete im Abfertigungssystem Alt beschäftigt sind und somit in den nächsten Jahren (bis zum Jahr 2048 – letzter Mitarbeiter System Alt in Pension) eine Gesamtsumme von Abfertigungsleistungen in Höhe von 1,1 Mio. EUR fällig wird, empfiehlt der vom Gemeindevorstand beauftragte Versicherungsmakler eine Abfertigungsversicherung (Rückdeckungsversicherung), die gewisse Vorteile bringt (KESt-frei, Versicherungssteuer-frei, wertgesichertes Ansparrmodell, garantierte Verzinsung).

Im Gemeindevorstand wurde vereinbart, dass für die GV Angebote eingeholt werden und ein Entwurf vorbereitet wird. Dieser liegt nun vor. Zwei Angebote wurden von dem vom Gemeindevorstand beauftragten Versicherungsmakler vorgelegt, ein weiteres wurde vom Bgm. von der Hausbank der Gemeinde eingeholt.

Dem Versicherungsmakler der Gemeinde wird das Wort erteilt. Auf Nachfrage erläutert er, nach welchen Kriterien er die Angebote eingeholt hat und erklärt, dass es sich um eine mündelsichere Veranlagung handle. Nach kontroversen Argumenten zu dieser Form der Veranlagung (Gegenüberstellung der Modelle, umfangreichere Unterlagen, Notwendigkeit einer umfassenderen Beratung) wird mit 24 : 3 Stimmen beschlossen, dass gemäß § 51 Abs 3 GG diese Entscheidung an den Finanzausschuss abgetreten wird.

## **7. Antrag auf Volksbefragung**

Zu diesem Punkt erläutert der Vorsitzende den bisherigen Ablauf: In der letzten GV-Sitzung wurde mehrheitlich die Umwidmung des ehemaligen Autobahnzollamtes in

2. Beschlussfassung beschlossen. Nach dieser Beschlussfassung wurde ein Antrag auf Volksabstimmung in der Gemeindevahlbehörde eingebracht. Die Gemeindevahlbehörde hat in ihrer Sitzung festgestellt, dass die Frage nicht zulässig ist, woraufhin der Antrag zurückgezogen wurde. In gemeinsamen Gesprächen, zu denen alle Fraktionsobleute eingeladen waren, wurde vereinbart, anstelle einer Volksabstimmung einen Antrag auf Volksbefragung in der Gemeindevertretung einzubringen.

Der Vorsitzende macht auf den Unterschied zwischen Volksabstimmung und Volksbefragung aufmerksam: Das Ergebnis einer Volksabstimmung ist bindend, wohingegen das Ergebnis einer Volksbefragung lediglich ein Stimmungsbild ist und Grundlage für weitere Entscheidungen in der GV ist.

Die Frage der Volksbefragung soll lauten: „Soll die Autobahnraststation nach den derzeit vorliegenden Plänen gebaut werden?“

Der Bgm. macht deutlich, dass die Position seiner Fraktion zwar klar für das Projekt sei und sie daher weder eine Volksabstimmung, noch eine -befragung für notwendig erachten würden, da es sich um ein gut vorbereitetes, umsetzbares Projekt handle, aber man sich nicht über den Wunsch von drei Fraktionen hinwegsetzen wolle, die Bevölkerung zu befragen. Vom Zeitplan her könnte die Volksbefragung im September stattfinden.

In den darauffolgenden Wortmeldungen wird klar, dass die Meinungen über die Abhaltung einer Volksbefragung gespalten sind.

Eine Gemeindevertreterin gibt zu bedenken, dass wenige Tage zuvor bei einem Zusammentreffen mit dem Asfinag-Vorstand klar kommuniziert wurde, dass, wenn dieses Projekt nicht komme, werde die Asfinag auf ihrem Grund Stellplätze machen und keine weitere Ausschreibung forcieren.

Mit 24 : 3 Stimmen wird die Durchführung der Volksbefragung beschlossen. Der Bgm. appelliert an die Anwesenden und auf diesem Wege an die Hörbranner Bürger sich an der Befragung zu beteiligen.

## 8. Anfragebeantwortung

Eine Anfrage einer Gemeindevertreterin betreffend Kindergärten (Mitarbersituation und Prozess AG Kinderbetreuung/Musikverein) wird wie folgt beantwortet:

- a) Wer ist für die Mitarbeiterführung zuständig?  
Der Bürgermeister, im Amt die Gemeindesekretärin
- b) Wer erhebt die Zufriedenheitsprotokolle/Mitarbeitergespräche?  
Die Gemeindesekretärin
- c) Welche Wünsche waren bisher ersichtlich?  
Allgemeine Wünsche betreffend Überstunden vorzeitige Pensionierung, etc.
- d) Wie erfolgt die Personalsuche?  
Ausschreibung übers Hörbranz Aktiv, Homepage, AMS und teilweise andere Medien
- e) Gibt es Probleme, qualifiziertes Personal zu finden?  
Nein, derzeit nicht.
- f) Was ist der Stand der Dinge bei der AG Kinderbetreuung/Musikverein?  
Die Ausschreibung hat zwei Angebote (davon eines unvollständig) ergeben, die Höhe der Kosten ist mit EUR 25.000 allerdings weit über den vorgestellten EUR 6.000 bis 8.000.
- g) Wie kann dieser Prozess beschleunigt werden?  
Die AG wird voraussichtlich in der darauffolgenden Woche tagen (Dienstag, 3.07.2012)

## 9. Umwidmungen

Betreffend Stellungnahmen zu den vorliegenden Umwidmungsanträgen verweist der Vorsitzende auf das Protokoll des Raumplanungsausschusses, das mit der Sitzungseinladung an die Fraktionsobleute versendet wurde:

- a) Folgende Umwidmungsanträge werden behandelt:

Änderung des Flächenwidmungsplanes:

1. Beschlussfassung:

**12 - 2011** Gst-Nr 1569/4

(Ersatzmitglied Natter Lothar erklärt sich hierzu befangen und verlässt den Raum.)

Widmung 799,91 m<sup>2</sup> von FL in BM

Antragsbegründung: Der seit ca. 15 Jahren bestehende Parkplatz soll von FL in BM umgewidmet und erweitert werden. Für die Betriebsnachfolge soll damit eine baurechtliche Absicherung für den Betriebsstandort erfolgen. Die Stellungnahme des Amtssachverständigen dazu ist positiv. Im Raumplanungsausschuss wurde der Antrag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Einstimmig mit 26: 0 Stimmen wird der Widmung zugestimmt.

**01 - 2012** Gst-Nr 1565/10

Widmung Gesamtfläche 995 m<sup>2</sup> und Verkehrsfläche Straße

Antragsbegründung: Auf dem Platz GP 1565/10 ist ein Teil als Bauland gewidmet, während ein Streifen noch als Landwirtschaftsfläche ausgewiesen ist.

Auch hier wird der Empfehlung des Raumplanungsausschusses gefolgt (Antragsabänderung Verschiebung der Widmungsgrenze in Richtung Süden) und der Widmung einstimmig zugestimmt.

**02 – 2012** Gst-Nr 2052/2

Widmung 537,03 m<sup>2</sup> von (BW) in BW

Hierzu hat der Raumplanungsausschuss eine negative Stellungnahme abgegeben. Eine Umwidmung solle erst erfolgen, wenn eine Bebauung des vorgereichten Grundstückes abgesichert ist und damit die Bebauungsfolge eingehalten wird. Dieser Empfehlung folgend wird der Antrag einstimmig abgelehnt.

**03 – 2012** Gst-Nr 2277/1

Widmung 523 m<sup>2</sup> von FL in BW

Antragsbegründung: Neubau eines Einfamilienhauses inklusive Pool über beide Grundstücke 2277/4 und 2277/1. Bebauung inmitten beider Grundstücke.

Der Raumplanungsausschuss hat hierzu eine negative Stellungnahme abgegeben, mit der Begründung, dass das geplante Bauvorhaben im Wesentlichen auf der bereits in BW gewidmeten Fläche umsetzbar sei und eine Ausdehnung der Bebauung nach Nordosten nicht erforderlich sei. Auch dieser Empfehlung wird gefolgt und der Antrag einstimmig abgelehnt.

b) Antrag betreffend Gebiet Hochstegstraße, Mühlbach und Autobahngrund: Die Antragsteller regen eine neue Prüfung der Widmungssituation in diesem Bereich mit Hilfe von Sachverständigen an. Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Antrag zur Behandlung an den Raumplanungsausschuss weiterzugeben und betont, dass in dem Ausschuss oft Fachmeinungen – im Speziellen vom Amtssachverständigen des Landes Vorarlberg - eingeholt würden.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

#### **10. Ausschuss-Nachbesetzungen**

Da zu den Ausschuss-Nachbesetzungen keine Anträge der Fraktionen vorliegen, wird dieser Punkt vertagt.

#### **11. Verlängerung der Vereinbarung über die Abgeltung der Bauernleistungen**

Ein Beschluss über die Abgeltung der Bauernleistungen wurde von der GV zuletzt im Jahr 2008 für die Dauer von zwei Jahren gefasst. Man folgte damit der Empfehlung des Landwirtschaftsausschusses, Landwirte für Leistungen in den Bereichen Landschaftsbild, Ortsbildverschönerung, Landschaftspflege, Erholungsraum, etc zu fördern. Die Vereinbarung existiert seit dem Jahr 1999 (zuletzt im Protokoll des Landwirtschaftsausschusses von 17.09.2008 aufgeschlüsselt). Der Vorsitzende schlägt vor, eine Verlängerung für diese Legislaturperiode zu beschließen. Einstimmig wird diesem Vorschlag zugestimmt.

#### **12. Anpassung Tarife Spielgruppenbetreuung**

Betreffend Spielgruppentarife erklärt der Vorsitzende, dass das Land Vorarlberg den Elterntarif für Dreijährige in den Spielgruppen bis auf das Niveau des Kindergartens unterstützt. D.h. Elterntarife werden bis auf 28 Euro für bis zu 25 Stunden wöchentlich gefördert. Um weiterhin in den Genuss der Förderung zu kommen, muss der Tarif ab dem kommenden Kindergartenjahr von EUR 26 auf EUR 28 angehoben.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

#### **13. Berichte**

- a) Der Bgm. berichtet, dass im Gemeindevorstand der Auftrag für die neue Lüftungssteuerung in der Turnhalle vergeben wurde.
- b) Weiters berichtet der Bgm. über den Stand der Geschäftsführersuche im Josefsheim nach dem Wiederausscheiden des neu besetzten Geschäftsführers im Mai 2012. Die Personalsuche erfolgt diesmal über ein Personalberatungsbüro. Mit vier Kandidaten wurden Gespräche geführt.
- c) Der Vorsitzende berichtet, dass im Zuge des Baus des neuen Sparmarktes am Maihof die Errichtung eines Gehsteiges im Bereich des Supermarktes mit der Fa. Spar verhandelt werden konnte. Die Kosten dort würden von Spar getragen. Als Ergänzung in Richtung Zollamt soll von der Gemeinde das Reststück errichtet werden (Weg für die Bewohner vom Maihof zur Bushaltestelle). Es handelt sich sozusagen um die Schließung einer Lücke. Ziel ist ein durchgehender Gehsteig von der Einmündung Graf-Belrupt-Straße bis zur neuen Bushaltestelle Unterhochsteg. Der Auftrag wurde im Gemeindevorstand an den Billigstbieter vergeben.
- d) Abschließend berichtet der Vorsitzende über die im Gemeindevorstand abgestimmte Umstellung auf LED-Lampen bei der Straßenbeleuchtung.

**14. Protokollgenehmigung Nr. 16**

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass zum Protokoll Nr. 16 TOP 6 eine amtswegige Korrektur notwendig ist. Unter TOP 6 (Ausgabenüberschreitungen 2011) wurde versehentlich die Ziffer aus dem Jahr 2010 angegeben. Richtig muss die Kreditüberschreitung lauten: EUR 1.902.537,99.

Als weitere Korrektur wird darauf hingewiesen, dass unter der Anwesenheitsliste ein Mitglied des Gemeindevorstands statt GR als GV bezeichnet wurde.

Die Anfragstellerin der Anfrage, die unter TOP 8 in dieser Sitzung beantwortet wurde, bittet darum, dass ihre Anfrage aus der vorherigen Sitzung (unter Allfälliges) noch einmal verlesen wird. Der Vorsitzende kommt diesem Wunsch nach.

Danach wird das Protokoll mit den erwähnten Änderungen einstimmig genehmigt.

**15. Allfälliges**

- a) Von der Anfragstellerin (Beantwortung unter TOP 8) wird kritisiert, dass das Beiblatt (Excel-Liste mit zahlenmäßiger Erhebung des Kindergartenpersonals) nicht beantwortet wurde. Der Bgm. gibt an, dass die Informationen dazu auf der Homepage der Gemeinde bzw. im Beschäftigungsrahmenplan ersichtlich seien. Er macht darauf aufmerksam, dass lt. Gemeindegesetz mündliche Anfragen in der darauffolgenden GV Sitzung auch mündlich zu beantworten sind. Dies wurde unter TOP 8 erfüllt. Daraufhin verliest die Anfragstellerin ihre neuerliche Anfrage.
- b) Nach dem nächsten Termin für die AG Kinderbetreuung/Musikprobelokal gefragt, gibt der Bgm. bekannt, dass die nächste Sitzung am Dienstag, 3.07.2012, 20 Uhr stattfindet.
- c) Die Obfrau des Umweltausschusses erkundigt sich, weshalb die von ihr geplante „Neophyten-Exkursion“ für das Kinderferienprogramm vom Bgm. abgelehnt wurde. Dieser erklärt, dass die Gemeinde nicht die Verantwortung für mögliche Verletzungen durch Pflanzen (Hautrötungen, Schwellungen, Ausschläge etc.) übernehmen könne. Selbstverständlich könne die Obfrau des Umweltausschusses diese Aktion auf ihre Verantwortung durchführen. Die Gemeinde sei generell nicht Veranstalter einzelner Ferienprogramm-Aktionen, sondern unterstütze diese finanziell und stellt Räumlichkeiten zur Verfügung.
- d) Ein Gemeindevertreter macht zur Information an den Bauhof darauf aufmerksam, dass bei einer Straßenlampe vis-à-vis der Tankstelle Scheier ein Erdkabel heraushänge.
- e) Der Bgm. bedankt sich bei allen Mitwirkenden des Spielefestes am Samstag, den 23. Juni 2012 (Mitglieder des Fachbeirats Zukunft Kind als Organisatoren und pädagogische Einrichtungen und Vereine mit Jugendarbeit als Teilnehmer).

Ende der Sitzung: 23.55 Uhr

Die Schriftführerin:

*Beate Malz*

Dr. Beate Malz

Der Vorsitzende:

*Karl Hehle*  
Bgm. Karl Hehle